NR. 08 / JANUAR 2017

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

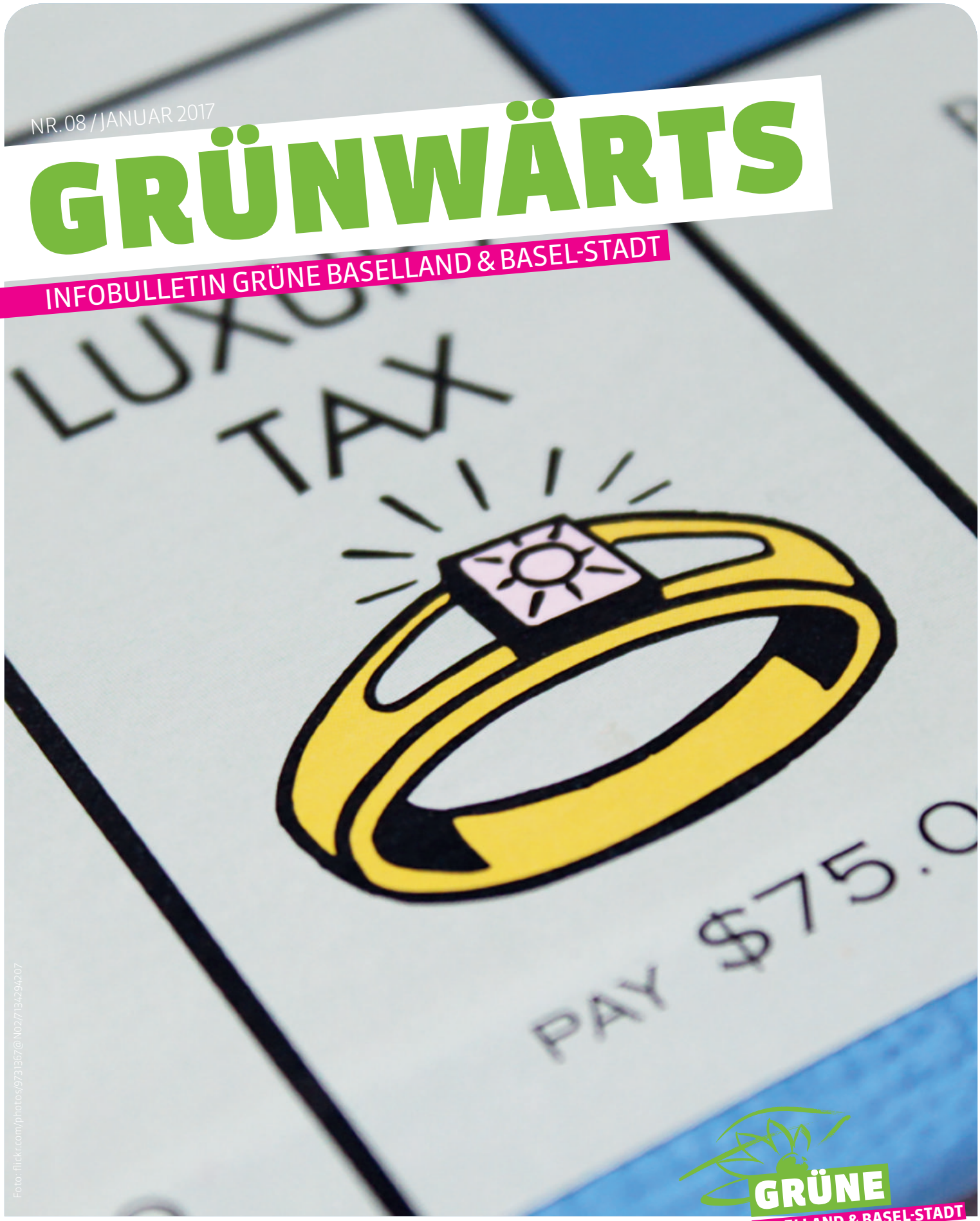


Foto: flickr.com/photos/97313677@N02/7134294207

GRÜNE
BASELLAND & BASEL-STADT

› **UNTERNEHMENSSTEUERREFORM:** ALTERNATIVEN DER GRÜNEN STEUERPOLITIK S. 3

› **ABSTIMMUNGEN VOM 12. FEBRUAR:** ARGUMENTE UND PAROLEN S. 6

› **UNIVERSITÄT:** DAS JGB BLICKT KRITISCH AUF BASELBIETER SPARABSICHTEN S. 9

Inhalt und Impressum

2 Editorial

3 Thema: Steuern

6 Eidgenössische Abstimmungen

8 Kantonale Abstimmungen

9 JGB Nordwest

10 Aus den Kantonen: BL

11 Aus den Kantonen: BS

12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger, Harald Friedl, Nathalie Martin, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Redaktionsschluss: 7. Dezember 2016

Nächste Ausgabe: April 2017

Editorial

Das neue Jahr ist wenige Wochen jung und doch stecken wir aus politischer Sicht bereits mittendrin – angefangen haben die Grünen Baselland und Basel-Stadt mit den beiden Mitgliederversammlungen, wenige Tage später folgte der gemeinsame Neujahrsapéro in der Markthalle, organisiert vom jungen grünen bündnis (jgb), und in La Chaux-de-Fonds kamen die Grünen CH zur ersten Delegiertenversammlung 2017 zusammen.

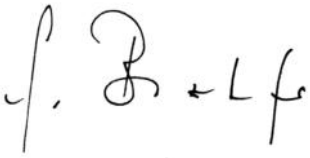
Die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III war an allen Veranstaltungen ein zentrales Thema. Nach sachlicher Pro- und Contra-Debatte votierten die Grünen BL, BS und die Grünen Schweiz Nein zur USR III.

Diese Ausgabe widmen wir dem Thema «Steuern» mit einem Beitrag von Sven Giegold, Fraktionsmitglied im Europaparlament, zum «Green New Deal», einem Artikel von Regula Rytz zur mangelnden Steuergerechtigkeit sowie Argumenten, wieso die USR III aus grüner Sicht abzulehnen ist.

Schauen wir über den Abstimmungstermin vom 12. Februar hinaus, so stehen 2017 wichtige bikantonale Geschäfte auf der politischen Agenda: der Leistungsauftrag der Uni Basel und die gemeinsame Spitalstrategie.

Als Präsidentin der Grünen BL freue ich mich auf einen regen Austausch mit dem Stadtkanton und auf eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidium.

Eine spannende Lektüre wünscht euch



Florence Brenzikofer,
Präsidentin, Grüne BL

DER STAAT UND DIE STEUERN

Mit dem Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III wollen die Grünen Steuersenkungen bekämpfen. Warum dies und was sind die grünen Alternativen?

Steuern sind so alt wie die staatliche oder religiöse Organisation der Gesellschaft: die schriftbasierte Verwaltung ermöglichte in Mesopotamien vor 5000 Jahren den Einzug von Steuern. Diese waren und sind im Gegensatz zu Gebühren als Abgaben ohne Anspruch auf Gegenleistung zu verstehen: so etwa die ägyptische Erntesteuer. Bis in die Moderne wurde aber auf eine regelmässige Besteuerung verzichtet, da Tribute von Untertanenregionen oder aus Feldzügen zur Deckung von Staatsausgaben reichten. So auch in Rom, das seine Bürger 167 vor unserer Zeitrechnung ganz von direkten Steuern befreite – die Provinzen blechten. Mit dem Niedergang des Römischen Reiches und seiner Verwaltung verschwanden regelmässige Steuern zugunsten des Verkaufs von Rechten, von Monopolen oder Regalien (z.B. Jagdrecht). Ähnliches gilt auch für die vormodernen aussereuropäischen Staaten wie China, die arabisch-islamischen Reiche oder auch für das vor allem auf Fronarbeit basierende Inka-Reich. Die Steuer, sie war eine Ausnahme für Notzeiten und fürstliche Anlässe.

Erst der Aufbau des modernen Beamtenstaates hat in Europa ab dem 16. Jahrhundert die regelmässige Besteuerung wieder ermöglicht und durch die zunehmenden staatlichen Leistungen auch bedingt. Adam Smith legte schliesslich 1776 die theoretischen Grundsätze der Besteuerung dar (Gleichmässigkeit, Bestimmtheit, Bequemlichkeit, Wohlfeilheit), welche auch heute noch gelten sollen. Heute sollen Steuern folgende Zwecke haben: Einnahmen generieren, Verhalten lenken, Vermögen umverteilen.

PIKETTYS CHARGE?

Mit den Entwicklungen der letzten 200 Jahre eingehend auseinandergesetzt hat sich Thomas Piketty in seinem Buch Le Capital au XXI siécle (2013). Darin vertritt er die Ansicht, dass nach der Phase des Ausbaus der staatlichen Leistungen und der Steuern im 20. Jahrhundert nun auch aufgrund demografischer und demokratiepolitischer Veränderungen im 21. Jahrhundert ein Wandel bevorsteht. Gesellschaftliche Veränderungen und das Erlahmen des Wirtschaftswachstums sowie die gleichzeitige Steuerminderung für Erträge aus Kapital führen laut Piketty dazu, dass der Staat seine Leistungen nicht mehr erbringen kann und bereits heute eine nie dagewesene Ungleichheit der Gesellschaft besteht. Mit der Finanzkrise seit 2008 ist in gewissen Ländern auch schon ein Teilbeweis dieser These erbracht. Pikettys Lösung: eine konsequente Umverteilungspolitik, sprich eine erhöhte Besteuerung von Kapital. Ansonsten drohe der demokratischen Ordnung das Aus. In Anbetracht der Wahlerfolge von reaktionären Kräften in den USA, Österreich und 2017 vielleicht auch in Frankreich oder Deutschland ist die These Pikettys bei aller berechtigten Kritik doch wertvoll, stellt sie doch neoliberale Dogmen infrage, die bis in die politische Linke akzeptiert waren.

Die Frage, wie wir die staatlichen Leistungen finanzieren und damit nach dem rechtlichen Rahmen der Finanz- und Wirtschaftstätigkeiten, war auch für die Grünen immer essenziell – damit eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft entstehen kann. Regula Rytz für die nationale Ebene und Sven Giegold für die internationale werden hierzu im Folgenden aufzeigen, welche Rezepte die Grünen vorweisen können.

Oliver Thommen

FINANZWENDE – DEN NÄCHSTEN CRASH VERHINDERN

Die grosse Frage der europäischen Staatshaushalte dreht sich um die Währungs- und Finanzmarktpolitik. Die Lösung wäre ein Green New Deal und ein Europäischer Steuerpakt.

Unser Finanzsystem ist nicht stabil und die Finanzmarktregulierungen in den letzten Jahren haben die Finanzkrise nicht beenden können. Trotzdem reden nicht nur Lobbyverbände, sondern auch immer mehr Regierungen und Politiker in Europa einer neuen Deregulierung bei Banken und Versicherungen das Wort. Wir sind der Meinung: Wenn der Staat noch einmal Milliarden für die Rettung der Banken ausgeben müsste, anstatt etwa die Schulen unserer Kinder zu sanieren, dann triumphieren die Populisten.

Wir können daher keine Rolle rückwärts bei der Bankenregulierung akzeptieren. Denn schon wieder gehen die europäischen Finanzminister der Finanzmarktlobby auf den Leim. Angeblich verhindere die Bankenregulierung den bitter nötigen Aufschwung in Europa. Es ist zwar richtig: Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone ist unerträglich hoch. Das liegt aber nicht an zu harten Eigenkapitalregeln für Banken. Im Gegenteil: Die Banken schwimmen in Liquidität und versuchen händeringend Kredite an den Mann und die Frau zu bringen. Was fehlt ist die Kreditnachfrage. Häuslebauer, Regierungen und Unternehmen scheuen Investitionen.

EINFACHERE UND HÄRTERE REGELN

Deregulierung der Finanzmärkte ist das falsche Instrument, um die Wirtschaft in Europa wieder in Gang zu bringen. Zwar ist im Regulierungseifer der letzten Jahre nicht alles perfekt gelaufen. Im Kampf zwischen Regulierern und Lobbyisten um Ausnahmen und Ausnahmen von den Ausnahmen ist ein 34'019 Seiten umfassendes Regulierungsdickicht entstanden. Unwesentliches wird bis ins kleinste Detail geregelt und Wesentliches trauen sich Regierungen nicht anzugehen. Wir brauchen weniger, einfachere, aber härtere Regeln anstatt unzähliger komplexer Detailvorschriften.

Aber nur mit Regulierung werden die Finanzmärkte nicht krisenfester. Es ist zu viel Kapital im Markt. Die Niedrigzinspolitik der EZB wird von uns daher als ambivalent eingestuft. Zwar muss die Notenbank dafür sorgen, dass die Wirtschaft nicht in eine Deflation abrutscht. Die niedrigen Zinsen helfen hochverschuldeten Unternehmen, Haushalten und Staaten und stabilisieren so die Wirtschaft. Eine Notenbank, die es nicht schafft, ihr Inflationsziel einzuhalten, verliert unweigerlich an Glaubwürdigkeit, und Glaubwürdigkeit ist ihr grösstes Kapital. Daher muss sie handeln.

GRÜNE INVESTITIONEN STATT STEUERDUMPING

In den USA und Grossbritannien wirken die niedrigen Zinsen unmittelbar auf das verfügbare Einkommen der Haushalte. Dort wohnen die meisten Menschen in einem Eigenheim. Aufgrund variabler Zinsen für ihre Hypothekendarlehen wirkt eine Zinssenkung dort wie eine deutliche Reduzierung ihrer Miete. Bei uns hingegen gibt es diesen positiven Effekt kaum. Stattdessen werden Vermögenspreise inflationiert, das Geschäftsmodell der meisten soliden Banken und Versicherungen gerät in Not und viele Menschen müssen aufgrund der niedrigen Zinsen mehr sparen, um ihre Altersvorsorge nicht zu gefährden.

Mit Geldpolitik liesse sich dieses Problem nur lösen, wenn die Notenbank ihr Geld tatsächlich an die Haushalte verteilen könnte. Während viele Ökonomen für ein solche Massnahme plädieren, fordern wir ein von uns «Green New Deal» genanntes grosses Investitionsprogramm, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger zu gestalten. Dabei geht es zum Teil um staatliche Investitionen: zum Beispiel europäische Energienetze für erneuerbare Energien, vernünftige Schienenverbindungen zwischen den Staaten oder schnelles Internet. Dafür ist keine höhere Staatsverschuldung nötig. Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen haben in der Regel eine sehr hohe Sparquote. Wenn wir mit einem «Europäischen Steuerpakt» gezielt Steuerhinterziehung und internationales Steuerdumping bekämpfen und sehr hohe Vermögen besteuern, können wir die nötigen öffentlichen Investitionen finanzieren.

Sven Giegold, Mitglied der
Grünen Fraktion im Europaparlament

MEHR ZUM THEMA:
«Finanzwende: Den nächsten Crash verhindern» von Sven Giegold, Udo Philipp, Gerhard Schick
Deutsch, 176 Seiten, November 2016, Taschenbuch, ISBN 9783803127655, EAN ISBN 3803127655
Bestellbar unter Fairmondo.de

MEHR STEUERGERECHTIGKEIT ZUR FINANZIERUNG DES SERVICE PUBLIC

Die Steuerpolitik in der Schweiz sollte eigentlich dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgen. So steht es in der Bundesverfassung. Doch seit dem neoliberalen Schub der 1990er Jahre wird der Grundsatz in sein Gegenteil verkehrt. Praktisch alle Kantone haben die Steuern für Spitzeneinkommen zwischen 2000 und 2014 deutlich stärker reduziert als für die mittleren Einkommen. Auch bei den Vermögen und den Erbschaften wurden die Reichsten begünstigt. Sie profitierten einerseits von den Abschaffungen der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen. Andererseits wurden die Vermögenssteuern gesenkt.*

Motor dieser Entwicklung ist der Steuerwettbewerb. Einzelne Kantone wie Zug, Schwyz oder Luzern haben sich geradezu exzessiv auf Steuerdumping spezialisiert und setzen damit ihre Nachbarn unter Druck. Dass zumindest die umliegenden Länder nicht länger zuschauen wollen, wie ein Unternehmen nach dem anderen in die steuergünstige Schweiz auswandert, zeigt die Forderung von OECD und EU nach Abschaffung des kantonalen Holdingprivilegs. Doch anstatt die Steuern für globale Konzerne anzuheben, haben die bürgerlichen Parteien mit der USR III eine weitere Steuersenkungsorgie – für alle statt für wenige – eingeleitet. Dieses «Race to the bottom» bedroht den Service Public und die Lebensqualität in der Schweiz.

BREITBAND STATT WETTBEWERB

Das Gegenprogramm der Grünen will deshalb vor allem den schädlichen Steuerwettbewerb bremsen. Im Rahmen eines Bandbreitenmodells soll die Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen gestärkt werden. Eine nationale Erbschaftssteuer für grosse Vermögen und die Abschaffung der Pauschalsteuern für reiche Ausländer führen zu mehr Steuersubstrat. Und mit der Einführung einer Kapitalgewinnsteuer, einer Kapitaltransaktionssteuer und dem Schliessen von Steuerschlupflöchern soll endlich das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wieder hergestellt werden. Last but not least können Lenkungssteuern auf Energie und Mobilität die Arbeitseinkommen entlasten. Dass solche Vorschläge noch nicht mehrheitsfähig sind, mag erstaunen. Spätestens mit den angedrohten Steuererhöhungen für die privaten Haushalte wird sich das Blatt aber wenden.

Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin Grüne Schweiz

*Eine detaillierte Übersicht zur Entwicklung von Einkommen, Vermögen und Steuerlasten bietet der Verteilungsbericht des SGB: http://bit.ly/2hLNgeV

STEUERPOLITIK IN DER GEMEINDE

LIESTAL

Für das Jahr 2017 budgetiert Liestal Erträge aus Steuereinnahmen und Gebühren in der Höhe von TCHF 45'366. Davon sind TCHF 37'474 Steuererträge natürlicher Personen und TCHF 4'800 Steuererträge juristischer Personen. Der Steuerfuss natürlicher Personen von 65 Prozent der Staatssteuer ist in Liestal im kantonalen Vergleich hoch, nur gerade sechs Gemeinden haben einen höheren. Der Ertragssteuersatz und der Kapitalsteuersatz juristischer Personen von fünf Prozent respektive 2,75 Promille sind die vom Gesetz festgeschriebenen Höchstbesteuerungssätze. Bei heute tiefer Vermögens- und Unternehmensbesteuerung ist die hohe Besteuerung natürlicher Personen für Liestal unerlässlich. Dies, da nur damit den Aufgaben einer Zentrumsgemeinde in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur verantwortungsvoll nachgekommen werden kann.

BASEL-STADT

Anders als Baselland kennt die Stadt Basel keine Gemeindeebene, weswegen hier die Zahlen für den Kanton angegeben sind: Basel-Stadt rechnet im 2017 mit einem Fiskalertrag von 2,7 Milliarden. Davon stammt etwa die Hälfte von Einkommenssteuern von natürlichen Personen. Dazu kommen noch rund 322 Millionen Franken an Vermögens- und 137 Millionen Franken Quellensteuer. Unternehmen versteuern rund 727 Millionen Franken (davon 592 Millionen Franken Gewinnsteuern). Die restlichen 150 Millionen Franken Ertrag stammen aus weiteren direkten sowie Betriebs- und Aufwandsteuern. Aktuell liegt der ordentliche Steuersatz inklusive Bundessteuern bei 22 Prozent, diejenige von Statusgesellschaften bei 10 Prozent. Der Kapitalsteuersatz schliesslich liegt bei 5,25 Promille.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

NEIN ZUM STEUERABBAU ZUM DRITTEN

Noch mehr Steuern für den Mittelstand?

Abstimmung vom 12. Februar 2017 über die USR III

NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

Ist es so, dass die Schweiz die Firmen mit unlauteren Mitteln von anderen Ländern anziehen muss, um weiter überleben zu können? War es denn ein Mythos, wir seien gut ausgebildet, arbeitsam, mit einem robusten Arbeitsfrieden, innovationsfreudig und vieles mehr? Wenn wir so gut sind, weshalb befeuern wir dann an vorderster Front den internationalen Unternehmenssteuerwettbewerb?

In den letzten Jahren hat die Schweiz mehr als jedes andere Land Firmen angezogen, die von den Steuergeschenken profitieren wollten. Die OECD hat nun eingegriffen und verlangt von der Schweiz, dass sie die Privilegien der Statusfirmen (Holdings etc.) abschafft. Die USR III ist das grosse Paket dazu. Privilegien aufheben wäre an sich einfach. Schwierig wird es, Privilegien aufzuheben und auf andere Weise wieder zu geben, möglichst ohne aufzufallen. So eine Reform wird unglaublich teuer, die Steuerausfälle für Bund, Kantone und Gemeinden werden auf rund drei Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Das Geld wird bei der sozialen Wohlfahrt, beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Bildung fehlen; und dies wird der Schweiz weit mehr schaden als ein paar Wegzüge von Firmen, die einzig deshalb hier sind, weil sie Steuern sparen wollen.

STEUERVERMEIDUNG KONKRET

Konkret bietet die USR III folgende Werkzeuge zur Steuervermeidung:

- Steuerabzug für einen fiktiven Schuldzins auf sogenannt überschüssigem Eigenkapital
- Patentboxen, welche die Gewinne aus Patenten und vergleichbaren Rechten reduziert besteuert
- Forschungskosten können zu 150 Prozent dem Gewinn abgezogen werden
- Der Steuersatz für alle Firmen wird stark gesenkt

Die Kantone wählen frei aus diesen Werkzeugen aus. Gemäss den heute vorliegenden Vorschlägen wird der Unternehmenssteuersatz im Durchschnitt auf rekordtiefe 13 Prozent gesenkt. Heute bewegt er sich um die 22 Prozent: Ein Vergleich mit unseren Nachbarn zeigt, wie aggressiv wir den internationalen Steuerwettbewerb befeuern würden: Deutschland hat zum Beispiel einen Steuersatz von 30, Frankreich von 36 Prozent (Quelle: Wikipedia.org)

Das Bundesgericht hat letzthin festgestellt, dass die Bevölkerung bei der Abstimmung zur USR II hintergangen wurde. Die Steuerausfälle durch die Änderung bei der Dividendenbesteuerung waren und sind bis heute viel höher als prognostiziert und genau dieses Geld fehlt bereits jetzt jedes Jahr bei den Kantonen und Gemeinden.

Die Schweiz muss ihre Unternehmenssteuern anpassen und die Privilegien abschaffen. Die Grünen begrüssen dies sehr, lehnen aber die USR III in dieser Form kategorisch ab. Es braucht eine andere, bessere Vorlage. Diese soll die Fehler der USR II korrigieren, eine Kapitalgewinnsteuer einführen, weitgehend auf die komplizierten neuen Instrumente zur Steuervermeidung verzichten und kann dann ohne Referendum rasch eingeführt werden.

Pascal Benninger,
Vize-Präsident Grüne BL

NEIN ZUR EIERLEGENDEN WOLLMILCHSAU

Im Februar 2017 stimmen wir über die Schaffung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) ab. Mit diesem sollen die in die Jahre gekommenen Schweizer Autobahnen instand gehalten und ausgebaut werden. Auch finanziert er zu kleinen Teilen den Agglomerationsverkehr. Gespiesen werden soll dieser Fonds durch die Importsteuern für Automobile, die zuvor in die Bundeskasse flossen, durch die um vier Rappen erhöhte Benzinsteuer von 34 Rappen pro Liter, die Vignettenabgaben, eine Pauschalabgabe für Elektroautos und von fünf Prozent der Mineralölsteuer, die ebenfalls zuvor in die Bundeskasse flossen. Weitere fünf Prozent der Mineralölsteuer werden für die Umsetzung des sogenannten «Netzbeschlusses» aufgewendet, der rund 400 Kilometer Strasse von den Kantonen an den Bund überträgt, der ebenfalls in die NAF-Vorlage integriert ist.

NAF IST KEIN FABI

Die Befürworter des NAF verkaufen diesen als Gegenstück zum Schienenverkehrsfonds FABI. Viel eher ist er aber ein inoffizieller Gegenvorschlag zur im Sommer gebodigten Milchkuhinitiative. Die Nutzerfinanzierung unterscheidet sich in den beiden Vorlagen immens. Laut Nationalrat Bastien Girod würden Autofahrer gerade einmal 200 Mio. Franken durch Abgaben selbst beitragen, bei FABI steuern ÖV-NutzerInnen durch erhöhte Preise rund 500 Mio. Franken bei. Dies liegt vor allem daran, dass das bürgerliche Parlament die zuerst vorgeschlagene Erhöhung des Benzinpreises von sechs auf vier Rappen abschwächte, um sie durch Gelder aus der Bundeskasse auszugleichen. Diese soll nun 650 Mio. Franken beisteuern, was wie bei der Milchkuhinitiative einem Raubzug auf die Bundeskasse gleichkommt. Darum Nein zur NAF-Vorlage am 12. Februar!

Dominik Beeler, Vorstand junges grünes bündnis, Co-Präsident VCS beider Basel

JA ZUR ERLEICHTERTEN EINBÜRGERUNG DER 3. GENERATION

Zwölf Jahre nach der Ablehnung der erleichterten Einbürgerung der 2. und die automatische Einbürgerung der 3. Generation werden wir im Februar nun über einen Kompromiss des Kompromisses aus dem Jahr 2004 abstimmen. Die aktuelle Vorlage ist weniger weitgehend, weniger umstritten und wird von verschiedenen Parteien unterstützt.

Das Bürgerrecht kann zurzeit durch Abstammung, Adoption oder durch die ordentliche oder erleichterte Einbürgerung erworben werden. AusländerInnen, welche im ordentlichen Verfahren das Schweizer Bürgerrecht erwerben wollen, müssen zwölf Jahre in der Schweiz gelebt haben. Je nach Kanton und Gemeinde gibt es zusätzlich unterschiedliche Wohnsitzfristen und Kosten der Einbürgerung. Schliesslich muss eine – meist mündliche – Prüfung über das Schweizer Politsystem abgelegt werden.

Im erleichterten Verfahren, welches für Ehepartner von SchweizerInnen zum Zuge kommt, ist das Verfahren zeitlich und finanziell mit etwas weniger Aufwand verbunden. Die Einbürgerung wird nicht von der Gemeindeversammlung, sondern direkt vom Bund bewilligt und bereits nach fünf Jahren Ehe und Wohnsitz in der Schweiz möglich.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG

Ein junger Mensch, welcher in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist und sich viel mehr als Schweizer fühlt denn als Bürger des Heimatlandes seiner Grosseltern, soll nun die Möglichkeit erhalten, sich in einem erleichterten Verfahren einbürgern zu lassen. Dazu muss er in der 3. Generation in der Schweiz leben, nicht älter als 35 Jahre alt und gut integriert sein sowie mindestens fünf Jahre die obligatorische Schule in der Schweiz besucht und die Kosten des Einbürgerungsverfahrens übernehmen. Schliesslich muss mindestens ein Grosselternteil ein Aufenthaltsrecht für die Schweiz haben oder hier geboren sein und mindestens ein Elternteil ein Aufenthaltsrecht für die Schweiz haben oder hier geboren sein.

Dieser Anforderungskatalog an eine sogenannt erleichterte Einbürgerung ist lang – wie würden denn die Kriterien für eine automatische Einbürgerung aussehen?

Dennoch hoffe ich, dass wenigstens dieser kleine Schritt an der Urne angenommen wird, stellt er doch einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Wir werden aber weiterhin an unseren Forderungen nach mehr Demokratie, einem fortschrittlicheren Einbürgerungsverfahren und an Partizipationsmöglichkeiten auch für MigrantInnen ohne Schweizer Nationalität festhalten und für diese Ziele weiterkämpfen.

Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!

ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

JA ZUR SANIERUNG DER KASERNE

Die Kaserne oder die unendliche Geschichte der Unzufriedenen. Autoren für dieses Kapitel sind LDP, FDP, BDP und SVP, die sich mit ihrem Referendum als Steinbeisser der gleichnamigen Erzählung verstehen.

Ein Blick auf die Geschichte der Kaserne zeigt, dass seit dem Auszug des Militärs zig Nutzungsideen entworfen und wieder verworfen wurden. Der Bogen spannt sich von der Idee aus dem Jahr 1967, die Kaserne mit einem unterirdischen Parking zu versehen, über das beinahe «Providurium» Schulnutzung bis zum Yachthafen.

Auch die jetzige Diskussion zeigt den gewaltigen Anspruchsbogen an die Kaserne. Aufgelöst werden können – die zum Teil widersprüchlichen Anforderungen – nur mit dem vorliegenden überzeugenden Kompromiss. Denn das vorliegende Siegerprojekt ist ausgewogen sowie realistisch und es sorgt für einen sorgfältigen Erhalt des historischen Gebäudes. Eine flexible, zukunftsträchtige Nutzung wird gewährleistet. Diese berücksichtigt die gewachsene Struktur und ergänzt sie zu einem lebendigen, funktionierenden Zentrum Kleinbasels. Die Kaserne kann so auch Herz für die innovative freie Szene, Hort für die Kreativwirtschaft und gleichzeitig ein Platz für Traditionelles wie die Herbstmesse und das Basel Tattoo werden. Die Kaserne wird so zum attraktiven Quartiertreffpunkt und auch zum kulturellen Leuchtturm Kleinbasels und darüber hinaus. Auch die geforderte Öffnung ist erbracht und dem Denkmalschutz wird Rechnung getragen.

ALTERNATIVLOS

Eine Ablehnung ist nicht zu verantworten, der Zustand der rheinseitigen Fassade ist kritisch und eine Alternative liegt nicht vor. Der Hauptbau müsste in der Folge ungenutzt bleiben. Das alte Hauptgebäude würde so zum Symbol der Stagnation und Blockade in der Nutzungsentwicklung, die Unterhalts- und Sanierungskosten würden gleichzeitig jährlich weiter zunehmen. Die Kaserne und damit das Kleinbasel dürfen nicht zum politischen Spielball werden. Unzufriedene wird es zudem immer geben. Doch mir scheint, dass Unzufriedenheit auch aus Mangel an Vorstellungkraft entstehen kann, was ich den Kräften, die sich nun alternativlos gegen das vorliegende Projekt zu stemmen versuchen, auch unterstellen muss.

Thomas Grossenbacher, Grossrat Grüne

JA ZUR BESTMÖGLICHEN ABBILDUNG DES WÄHLERWILLENS

Aktuell sind bei den Grossratswahlen Parteilisten, die ein gesetzlich festgelegtes Quorum von vier Prozent der Stimmen nicht erreicht haben, im jeweiligen Wahlkreis von der Sitzverteilung ausgeschlossen. Eine knappe Mehrheit im Grossen Rat hat nun im Frühjahr 2016 beschlossen, das gesetzliche Quorum abzuschaffen. Dagegen wurde kein Referendum ergriffen, für die Anpassung des dazugehörigen Verfassungsartikels ist jedoch eine Volksabstimmung obligatorisch.

Jedes gesetzliche Quorum bedeutet einen Eingriff in politische Rechte – es gehen Wählerstimmen verloren. Um es in den Worten von Juristinnen auszudrücken, haben gesetzliche Quoren einen Grundrechtseingriff zur Folge. Ein solcher ist nur zulässig, wenn er sich durch höherwertige Interessen rechtfertigen liesse. Welche könnten dies in Basel-Stadt sein? Die von bürgerlicher Seite befürchtete Parteienzersplitterung erscheint unwahrscheinlich. Hierfür fehlt ein entsprechendes politisches Klima. Zudem, weshalb sollen kleine Parteien nicht ins Parlament ziehen? Allein die Tatsache, dass mit Eric Weber eine Einzelperson den Ratsbetrieb aufwendig machte, hatte wohl weniger mit seiner Zugehörigkeit zu einer Kleinstpartei als vielmehr mit seiner Person zu tun.

Ohnehin sind die Unterschiede zwischen einem natürlichen und dem aktuellen gesetzlichen Quorum relativ gering. Ersteres liegt in allen Wahlkreisen des Kantons Basel-Stadt ausgenommen von Riehen bei rund drei Prozent. Es ist daher zu hoffen, dass am 12. Februar die kantonalen Abstimmungsvorlage betreffend Aufhebung des Quorums bei Grossratswahlen angenommen wird.

Nora Bertschi, Grossrätin Grüne

HOFFNUNG AUF UNI-NORMALITÄT

Foto: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=3063599

Wir lustigen BaselbieterInnen sind gerade dabei, unsere Freunde aus der Stadt mit einer Schamlosigkeit über den Tisch zu ziehen, die selbst Donald Trump zur Ehre gereichen würde.

Es geht um die Universität BEIDER BASEL – und um 80 Millionen Franken. Seit der ersten Veröffentlichung dieses Textes am 20. November musste alleine die bz mindestens 8 Berichte zu den Finanzen der Uni drucken. Die Titel machen Sorge: «Uni Basel muss ein Sparbudget ausarbeiten», «Baselland zögert Bau des Sportcampus hinaus», «Uni-Standorte – Liestal bangt, Münchenstein schweigt», «Uni Basel muss 8 Mio. einsparen» (TaWo), «Die Universität Basel gibt's nicht mehr» .

Der von den Regierungen beschlossene und in der Schweizer Geschichte einmalige Deal zur Unterstützung des Landkantons ist nicht nur für die Kantonsfinanzen substanziell, sondern auch als Symbol nicht genügend hoch einzuschätzen. Dass sich Regierung, Parlament und Bevölkerung Basels in einer derart unaufgeregten Einigkeit hinter den 80-Millionen-Zustupf stellen, zeugt von grossem Vertrauen, beispielloser Solidarität und echtem Bemühen. Zu erwarten war diese feine Geste keineswegs: auch der Kanton Basel-Stadt agiert im schwierigen Umfeld des negativen Steuerwettbewerbs und vollbringt mit der Umsetzung der USR III einen finanzpolitischen Balanceakt.

VIEL VERTRAUEN IN BASELLAND

Wäre Basel vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht, hätte es von Beginn an langfristige Stabilität und Planungssicherheit für die Uni gesucht, mit oder ohne den etwas unberechenbaren Bruder vom Lande. Stattdessen wurde ein vertrauensvolles Geschäft abgeschlossen, das es dem Baselbiet ermöglichen soll, wieder auf die Beine zu kommen und nach vier Jahren seine ehrenvolle Pflicht als Trägerkanton wieder zu erfüllen. Hierzu muss man wissen, dass auf dem Land seit der Jahrtausendwende ein Sparpaket dem anderen folgt und Besserung unter bürgerlicher Regierung und Parlament, die sich vor allem um die Interessen ihrer Seilschaften kümmern, unmöglich ist. Da aber die Wende unter grüner und roter Führung Zukunftsmusik ist und der Deal nun mal abgeschlossen wurde, gilt es, die Strategie des Vertrauens weiterzuverfolgen. Das Sparbudget (am 20. November) war das noch Spekulation, heute Wirklichkeit) der Uni widerspricht dieser Linie diametral. Der Sinn der ganzen Bemühungen, nämlich durch Überbrückung Stabilität zu gewinnen, wird dadurch negiert. Das Baselbiet wird in diesem Fall seine Finanzen auf Kosten der Uni aufpolieren; wie oben angetönt, hätten wir unsere Partner über den Tisch gezogen. Es bleibt nur der Appell an die Parlamente: Von den Landrätinnen und Landräten ist in Besinnung auf ihre Ehre die Zustimmung zu einem der Uni angemessenen Budget zu erwarten. Die Regierung BL muss als Handelspartner das gemeinschaftliche und solidarische Handeln von den Parlamentsparteien auch einfordern. Den Grossrätinnen und Grossräten ist nahezulegen, die Ablehnung des Sparbudgets bereits jetzt in Aussicht zu stellen. Und der Universität wünsche ich schliesslich den Mut, den 80-Milionen-Deal als Baselbieter Bekenntnis zur langfristigen Selbstverpflichtung zu deuten, und dementsprechend ein «normales» Globalbudget 2018–2022 zu präsentieren.

Bálint Csontos,
Co-Präsident jgb nordwest

EINE MUTIGE BILDUNGSDIREKTORIN?

Die Baselbieter Bildungsdirektorin hat wichtige und zukunftstragende Entscheide zu fällen. Sie muss den Volksinitiativen des «Starken Schule Komitees» endlich entschieden entgegentreten und sagen, dass die vom Volk beschlossenen Reformen durchgesetzt werden. Frau Gschwind lässt nicht mehr zu, dass unsere Volksschule weiter durch Blockadepolitik und Unsicherheit geschwächt wird. Im Gegenteil wird sie die letzte Sparrunde zurücknehmen, die Klassengrössen wieder senken und damit Lehrpersonen ermutigen.

Unsere Bildungsdirektorin zeigt auch in der Unipolitik Weitsicht. Sie ringt ihren Regierungskollegen die finanzielle Einhaltung des Univertrages ab und setzt sich für die gemeinsam getragene Universität beider Basel ein. Als Freisinnige weiss sie, wie wichtig eine erfolgreiche Universität für Arbeitsplätze, Forschung und Innovation im Baselbiet ist.

Nur geträumt? Leider Ja. In Anbetracht der Tragweite dieser offenen Geschäfte scheint der «Handschlag-Gesetzesvorschlag» der FREISINNIGen Regierungsrätin zynisch. Rechtsstaatlich bedenkliche, antiliberale Wertedebatten: ja. Bildungspolitisch relevante Entscheide: nein. Und Mut müssen wir uns selber zusprechen. Gemäss der neusten Pisa-Studie haben wir ganz andere Probleme in unserem Bildungswesen...

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

RETRAITE: SO GEHTS WEITER

Die GL hat begonnen, die Resultate aus der gut besuchten Grünen-BL-Retraite weiterzuverarbeiten. Eines wurde rasch klar: es sind viele Ideen vorhanden und wir sind uns in der Stossrichtung einig. Was wir vor allem brauchen sind Leute, die diese umsetzen wollen. Nun wollenw wir diese Ideen und Vorschläge strategisch bündeln und priorisieren. Das Präsidium wird nun also einen Strategieprozess (Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken....) vollziehen und die Resultate im Januar in der Geschäftsleitung weiter bearbeiten. Auch ist ein Anlass geplant mit allen MandatsträgerInnen (Fraktion Landrat, Gemeinderäte, Nationalrätin und Regierungsrat), wo diese Strategie weiter diskutiert wird. Der Vorstand wird im März darüber befinden und an der Jahresversammlung kommt die Strategie zurück zu den Mitgliedern. Vielen Dank für Eure wertvollen Inputs.

Nathalie Martin,
Geschäftsführerin Grüne BL

WIR SIND BEREIT: DAS BASELBIET SOLL ATOMFREI WERDEN

Wir blicken auf den 27. November zurück und fassen zusammen: das Baselbiet will den Atomausstieg, doch die Energiesteuer leider nicht. Keine einfache Ausgangslage für die Energiewende, weshalb nun unsere Vorschläge umso wichtiger sind.

Mit der bis zur Totalrevision des Energiegesetzes sistierten Initiative «Strom ohne Atom» haben wir eine Lösung bereit: das Baselbiet soll atomfrei werden.

Wir haben bereits im Jahr 2011 die Initiative «Strom ohne Atom» gesammelt und eingereicht. Die Initiative wurde sistiert bis zur Totalrevision des Energiegesetzes. Mit dem Baselbieter Ja zum Atomausstieg (50,6 Prozent Ja im Baselbiet) am 27. November ist klar, dass diese Initiative nun vors Volk kommen muss. Wir stehen nun in der Verantwortung, dass sich das Baselbiet vom Atomstrom löst.

Die Initiative will unter anderem, dass auf dem Gebiet Baselland tätige Energieversorger den Elektrizitätsabsatz vollständig aus erneuerbaren Energien decken.

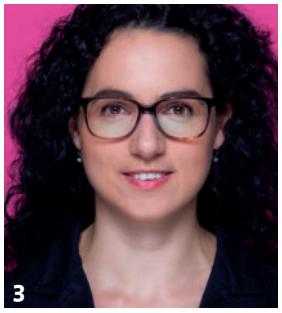
Die Grünen werden Vorschläge machen, wie die energetischen Subventionen im Gebäudebereich finanziert werden können, ohne den Staatshaushalt zu belasten. Dies ist nötig, da die dafür vorgesehene Energieabgabe vom Volk abgelehnt wurde.

Es braucht die grünen Ideen und Vorschläge für den Weg in die sichere und saubere Energiezukunft.

Nathalie Martin,
Geschäftsführerin Grüne BL

NEUE GESICHTER IM GROSSEN RAT

Die Basler Gesamterneuerungswahlen sind passé und wir Grünen dürfen mit grosser Befriedung auf die Wahlergebnisse zurückschauen. Im Regierungsrat konnten wir mit Elisabeth Ackermann das Regierungspräsidium trotz des Rücktritts von Guy Morin souverän verteidigen. Im Grossen Rat konnten wir Grünen im Verbund mit BastA! und jgb Wähleranteile dazugewinnen, was uns einen zusätzlichen Sitz im Kleinbasel bescherte, der wegen dem Übertritt von Ugur Camlibel zur SP gleich wieder verlorenging. Da Elisabeth in den Regierungsrat gewählt wurde und weil Nora Bertschi wegen einer neuen Arbeitsstelle nicht mehr zu neuen Legislatur antreten kann, können wir gleich drei neue Gesichter präsentieren, die uns erstmals im Grossen Rat vertreten werden:



Neue Gesichter im Grossen Rat: **1** Barbara Wegmann (anstelle von Elisabeth Ackermann, GB Ost), **2** Lea Steinle (anstelle von Nora Bertschi, GB West), **3** Michelle Lachenmeier (neu gewählt, Kleinbasel)

BÜRGERGEMEINDERAT: WAHLEN STEHEN AN

Am 21. Mai 2017 stehen in Basel die Wahlen in den Bürgergemeinderat an. Das Grüne Bündnis ist im 40-köpfigen Rat zurzeit mit fünf Gewählten vertreten. Wir möchten bei den nächsten Wahlen noch etwas besser abschneiden, nicht zuletzt auch, um in Zukunft vielleicht auch in den siebenköpfigen Bürgerrat, die Exekutive der Bürgergemeinde, gewählt zu werden. Der Bürgerrat, wird vom Bürgergemeinderat gewählt, und wir sind als einzige Fraktion dort nicht vertreten, während die Bürgerlichen mit fünf Vertretern genauso wie in der Legislative die Mehrheit des Bürgerrats stellen.

Die Bürgergemeinde der Stadt Basel ist die grösste ihrer Art in der Schweiz. Sie besitzt ein beträchtliches Vermögen und setzt dieses dazu ein, um soziale, gemeinnützige und kulturelle Aktivitäten zu betreiben, die allen Einwohnern Basels zugutekommen. Die wichtigsten Institutionen sind das Bürgerspital, das Waisenhaus und der Forstbetrieb, der für den beträchtlichen Waldbesitz der Bürgergemeinde zuständig ist. Die Bürgergemeinde ist in Basel auch für die Einbürgerungen, die Aufsicht über die Christoph Merian Stiftung sowie die Wahl von deren Stiftungskommission sowie für die Aufsicht über zahlreiche weitere gemeinnützige Stiftungen und die Zünfte zuständig.

Das soziale und kulturelle Basel wäre ohne die Aktivitäten der Bürgergemeinde um vieles ärmer. Es ist deshalb wichtig, dass wir Grünen uns dort engagieren, auch wenn das Gebilde der Bürgergemeinde von aussen gesehen gelegentlich etwas kopflastig wirkt. Wer kurzfristig noch Interesse an einer Kandidatur für den Bürgergemeinderat hat, kann sich auf dem Sekretariat melden.

Jürg Stöcklin, Grüne, Bürgergemeinderat

GEDANKEN ZUM NEUEN JAHR

«Es gibt zu viele Sorten von Menschen, als dass man für alle fertige Antworten bereithalten könnte.» Mit diesem Zitat von Erasmus von Rotterdam blicke ich ins neue Jahr. 1516 hat er das griechische Neue Testament neu herausgegeben, dies hat Basel letztes Jahr mit 500 Jahre Erasmus gefeiert. Er hat sich kritisch mit dem historischen Umfeld der Bibeltexte auseinandergesetzt und somit den Weg zur Reformation vorbereitet.

Erasmus hat sich für ein friedliches Zusammenleben, gegenseitige Achtung und für Toleranz eingesetzt. Er hat die Vielfalt der Menschen als Chance und als Gewinn gesehen. Er hat sich gegen starre Dogmen gewehrt und gesagt: «Ich möchte Weltenbürger sein, überall zu Hause und überall unterwegs.»

Ganz im Gegensatz dazu vernehmen wir immer wieder fix-fertige Antworten über andere Menschen. Über Flüchtlinge, über Frauen, über IV-Bezüger. Was mir dabei Sorgen macht: Diese fertigen Antworten werden salonfähig und von immer mehr Medien und Menschen übernommen. Lasst uns näher zusammenrücken. Wir wollen solidarisch sein, das Fremde nicht ausschliessen, achtsam miteinander umgehen. Es ist wichtig, Offenheit und humanistisches Denken zu leben. Gerade in einer Zeit, die uns verleitet an einfache Antworten auf komplexe Fragen zu glauben.

Guy Morin, Regierungspräsident

Ortssektionen und Arbeitsgruppen

JGB-VORSTAND NEU GEWÄHLT

Im Vorstand des jungen grünen bündnis nordwest sind: Bálint Csontos (Co-Präsident), Raffaela Hanauer (Co-Präsidentin), Jo Vergeat, Victor Bättig, Eva Strub, Laura Schwab, Meret Rehmann, Dominik Beeler, Simon Fankhauser, Reja Wyss, Linus Schwärzler .

Aktuellen Projekte: Zersiedelungsinitiative (kommt zur Abstimmung etwa im 2020), Demokratieinitiativen (2017 oder 2018). Jeden zweiten Dienstag trifft sich das jgb zum offenen Stammtisch im Unternehmen Mitte. Es sind alle herzlich willkommen!

STAMMTISCHE GRÜNE BS

Ob Trump, der Kasernenumbau oder Hanschüttelkonventionen. An unseren Stammtischen wird alles ausser der allgemeinen Wetterlage diskutiert. Die nächsten Termine sind:

- Ost: 7. Feb., 18 Uhr, Markthalle
- West: 27. Jan., 18 Uhr
- Kleinbasel: 1. Feb., 18.15 Uhr, Ephesus

ARBEITSGRUPPEN

Aktuell arbeiten die kantonsübergreifenden Arbeitsgruppen Bildung, Fluglärm sowie Gesundheit & Soziales an neuen Positionspapieren und Stellungnahmen. Interessierte können sich gerne beteiligen und melden sich beim Sekretariat.

PAROLEN 12. FEBRUAR

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ **Nein** zum Unternehmenssteuerreformgesetz III

→ **Nein** zum Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

→ **Ja** zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

KANTONALE VORLAGEN BS

→ **Ja** zur Gesamtsanierung und Umbau der Kaserne

→ **Ja** zur Abschaffung des gesetzlichen Quorums bei Grossratswahlen

AGENDA

14. März: Jahresmitgliederversammlung Grüne BS

29. März: Jahres-Mitgliederversammlung Grüne BL

11. April: Mitgliederversammlung Grüne BS

17. Juni: jgb Sommerfest & 10-Jahr-Jubiläum

24. Juni: Tagung Grüne BL & BS

15. August: Mitgliederversammlung Grüne BL & BS

BUCHEMPFEHLUNG: «EINFACHE VIELFALT»

Achtsam kochen – Rezepte und Geschichten von Maurice Maggie (Bilder von Juliette Chretien)

Kochen ist die erste und älteste Kulturleistung der Menschheit. Für Maurice Maggi, den Pionier des Guerilla-Gardening, ist Kochen auch ein Akt der Rebellion. Vor dreissig Jahren begann er in der Stadt Blumen auszusähen und Wildkräuter zu sammeln. Vor zwei Jahren entstand daraus das wunderbare Buch «Die essbare Stadt», in welchem er zeigt, wie essbare Wildkräuter und Früchte aus der Stadt den Speisezettel bereichern können. In seinem neusten Buch «Einfache Vielfalt» zeigt er den Reichtum, der sich in einfachsten Zutaten verbirgt. Aus wenigen Grundnahrungsmitteln - Kartoffeln, Tomaten, Kohl, Nüssen, Eier, Äpfel, Milch, Fleisch und Fisch - entstehen schmackhafte, meist einfache, aber vielseitige Gerichte. Das Buch enthält darüberhinaus Geschichten und Tipps zum Kochen und eindrückliche Fotografien. Grüne Politik der andern Arten, die höchsten Genuss verspricht. Jürg Stöcklin

DAS LETZTE

Wer nun erwartet hat, dass wir hier drüber schreiben, wie sehr wir Regierungsrätin Monika Gschwind mal so richtig durchschütteln möchten (Artikel 126 Strafgesetzbuch verbietet das), oder hämisch über den Niedergang der glp jubilieren würden… weit gefehlt. Das ist eine Stilkolumne. Nun ist doch aufgefallen, dass uns während der Basler Wahlen Elisabeth Ackermann mit dem Versprechen, es besser zu machen, nett adrett von den Plakaten lachte – stets in blass-rotem Schal. Ein Statement an Herr und Frau Wählerin für das rot(-grün)e Basel. Doch just am 27. November, Wahltag, trat Elisabeth in grünem Schal auf, ja grün. Einigen Sozialdemokraten fiel glatt das Cüpli aus der Hand. Wir wollen den grünen Schalauftritt deshalb nun mal als Zeichen nehmen, dass Elisabeth in den kommenden vier Jahren (im Gegensatz zur BastA!-Dogge) angenehm grüne Duftmarken setzt.